

Berliner Tageblatt



Nr. 209

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Montag, 5. Mai 1930

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Lord Irwin will „die Ordnung aufrechterhalten“.

Gandhi verhaftet.

Tiefer Eindruck in Bombay. — Die Truppen in Alarmbereitschaft.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

LONDON, 5. Mai.

Gandhi ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 1 Uhr in Surat verhaftet worden. Er wurde nach dem Voroda-Gefängnis in Puna gebracht, wo er auf Grund der Verordnung von 1827 festgehalten wird. Vor seiner Verhaftung hatte Gandhi in Surat eine Versammlung geleitet, in der er vor allem die indischen Frauen zur Unterstützung seiner Kampagne aufforderte. Gandhi wurde während seiner Rede nicht unterbrochen, unmittelbar darauf aber verhaftet und zur Eisenbahnstation Ahmedabad gebracht. Die Nachricht von Gandhis Verhaftung wurde in Bombay sehr schnell bekannt. Seine dortigen Anhänger verkündeten einen „Trauerstreik“. Die Behörden haben Vorkehrungen für einen ruhigen Verlauf der Protestkundgebung getroffen. Sowohl die regulären Streitkräfte als auch die irregulären Hilfsmannschaften stehen in Alarmbereitschaft. Man hört, dass auch viele europäische Angestellte in Banken und anderen Firmen mit Waffen versehen worden sind.

Auch Dr. Kitchlew, der Vorsitzende des Empfangskomitees des Labore-Kongresses in „Amritsar“, ist verhaftet worden. Die Polizei musste gewaltsam in sein Haus eindringen. Amritsar ist von Truppen und Polizei besetzt. In Labore wurde ferner der Sekretär des Pandschab-Komitees, Kahanchand Dev, unter Beschuldigung der Aufstachelung zur Empörung verhaftet. Aus dem gleichen Grunde wurden noch drei andere Komiteemitglieder gefangengesetzt.

Die letzten Ankündigungen und Meinungsäußerungen der offiziellen britischen Stellen ließen weitere Schritte zur Wiederherstellung der Ordnung in Indien erwarten. Auf einen Brief, den der Maharadscha Sir Pradyot Kumar Tagore im Namen führender Grossgrundbesitzer der Provinz Bombay an den Vizekönig richtete, hat Lord Irwin folgendermassen geantwortet: Die Regierung habe im Namen Englands mehr als einmal den Wunsch ausgesprochen, alles zu tun, um Fortschritte in der indischen Verfassungsreform zu erzielen. Ausserdem habe sie angekündigt, dass eine Konferenz aller indischen Vertreter sobald als möglich zusammenberufen werden solle. Ihre Aufgabe werde sein, den Weg zur Vollendung des Verfassungswerks zu finden. Diese Politik stehe fest. Gandhi jedoch habe zusammen mit anderen Führern des nationalen Kongresses vorstichliche Schritte unternommen, deren Folgen äusserst bedauerlich seien und sich in den letzten Ereignissen deutlich genug gezeigt hätten. Der Versuch

der Gehorsamsverweigerung auf nicht gewaltsamer Basis sei, wie jeder erwarten musste, misslungen, habe aber gefährliche Kräfte freigesetzt, die eine weitgehende Unruhe und Unordnung verursachten. Sicher sei, dass keine Fortschritte im Interesse Indiens erzielt werden könnten, wenn die Bevölkerung dazu erzogen werde, die Gesetze nicht ernst zu nehmen.

Unter diesen Umständen seien die Pflichten des Vizekönigs und seiner Regierung klar festgelegt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung sei das Gebot der Stunde, und die Regierung sei gewillt, diese ihre Pflicht restlos zu erfüllen.

Weiterhin hat Lord Irwin einen Ausschuss der Tagung des Staatsrates und der gesetzgebenden Versammlung angekündigt. In gutunterrichteten Kreisen hält man es für nicht wahrscheinlich, dass die gesetzgebende Versammlung vor den Neuwahlen nochmals zusammentreten wird. Die Wahlen dürften noch vor Ende dieses Jahres stattfinden. Auch die europäischen Organisationen in der Provinz Bombay haben ein Schreiben an den Vizekönig gerichtet, in dem noch strengere Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung sowie die Verhaftung derjenigen gefordert werden, die zu einer Verletzung der Gesetze anreizen.

In Kalkutta ist es zu neuen Unruhen gekommen. Kongressfreiwillige versuchten trotz des Versammlungsverbotes, am Sonntag eine Kundgebung zu veranstalten. Als die Polizei die Teilnehmer aus dem Park vertreiben wollte, wurde die Kundgebung stattfand, wurde sie von einem Steinhagel empfangen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen, doch gab es keine Verletzten. Der frühere Präsident der gesetzgebenden Versammlung, Patel, ist in Kalkutta eingetroffen. Er wurde von einer grossen Menschenmenge empfangen, die ihn durch die Strassen führte, nach kurzer Zeit aber von der Polizei zerstreut wurde. Sowohl in Kalkutta als auch in Allahabad versucht man andauernd, den Verkauf ausländischer Stoffe und anderer ausländischer Waren zu verhindern.

BOMBAY, 5. Mai. (W. T. B.)

Zur Verhaftung Gandhis wird noch mitgeteilt, dass die hiesigen Regierungsbehörden und die indische Regierung im Verlauf einer gemeinsamen Beratung zu der Überzeugung gelangt waren, man könne Gandhi nicht mehr länger in Freiheit lassen, ohne dass die Ruhe in Indien schwer gefährdet werde. Es ist Vorsorge getroffen worden, dass Gandhis Gesundheit nicht unter der Haft leidet und dass er während seiner Gefangenschaft keine Bequemlichkeit erpöhre.

Englands eiserne Hand.

Die Knebelung der indischen Presse. — Kein Revisionsgericht für Verschwörer.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten)

CAWNPORE, 5. Mai.

Die Regierung legt gegenüber der ernststen Lage in Indien ungewöhnliche Festigkeit an den Tag. Wegen der Regierungsmassnahmen gegen die Presse haben sämtliche Zeitungen in Delhi, einschliesslich des hindostanischen „Tutes Tej Arjun“, sowie alle massgebenden Zeitungen in Kalkutta ihr Erscheinen eingestellt. Aus ganz Indien laufen täglich Meldungen über Verhaftungen hervorragender Mitglieder des allindischen Kongresses ein. Rajgopalachari ist zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sehr bedeutsam ist, dass sich der frühere Präsident des Kongresses, Patel, der Bewegung zur Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams angeschlossen hat und das Land bereist. Auf Grund einer neuen Verordnung des Vizekönigs wird die Verhandlung gegen 24 Inder, darunter Dutt Bhagat Singh, wegen der Verschwörung von Labore vor einem Sondergericht stattfinden, gegen dessen Urteil es keinen Appell gibt. In einem Briefe an den Mohammedanerführer Mahomed Ali bedauert Lord Irwin die Lage in Indien und führt sie auf die unverünftige Haltung der Nationalistenführer zurück. Alle Meldungen nach dem Auslande gehen durch eine scharfe Zensur.

Kämpfe in Peschawar?

MOSKUA, 5. Mai. (W. T. B.)

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet aus Kabul, dass nach dort aus Indien eingelaufenen Berichten indische Aufständische das Stadt Peschawar beherrschende Fort erobert haben. Peschawar sei zwar noch in den Händen der englischen Kommandantur, doch seien in der Stadt heftige Strassenkämpfe entbrannt. Die Eingeborenenpolizei und die Sikhtruppen weigerten sich, die Bewegung zu unterdrücken und schlossen sich den Aufständischen an.

LONDON, 5. Mai. (W. T. B.)

Wie „Daily Telegraph“ feststellt, ist die Lage in Indien nach wie vor geeignet, die grössten Besorgnisse zu erregen. Das gelte besonders für den Norden, wo eine gewisse Unruhe unter den Grenzstämmen festgestellt worden sei. Der Sonderkorrespondent des Blattes meldet aus Bombay, es bestätige sich, dass sich bei den Unruhen in Peschawar Truppen eines Regiments von der Menge entzweiten liessen. Von den Eingeborenen seien mindestens 20 dadurch getötet worden, dass Panzerwagen über sie hinwegfuhren. Die Leute hatten sich auf den Boden geworfen, in der Hoffnung, die Panzerwagen aufzuhalten.

PARIS, 5. Mai. (Privat-Telegramm.) Der Schneider Amal-zow, der ein halbes Jahr wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft sass, hat den gerichtlichen Sachverständigen Amy, den Polizeipräsidenten Chiappe und die Stadt Paris auf Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von einer Million Francs verklagt.

BUKAREST, 5. Mai. (Privat-Telegramm.) Das Datum der nächsten Konferenz der Kleinen Entente ist endgültig auf den 24. Juni festgesetzt worden. Sie wird an einem Ort der Hohen Tatra in der Tschechoslowakei abgehalten werden.

Der erste Akt.

Zur Verhaftung Gandhis.

Von C. Z. KLÖTZEL.

Mehr als ein Jahrhundert hat die britische Regierung in Indien die Gesetzbücher zurückgeblättert, um den Paragraphen zu finden, auf Grund dessen sie Gandhi verhaften wollte. Im Jahre 1827, als diese „ordinance“ erlassen wurde, war Indien halb und halb noch das Privateigentum einer Handelskompagnie, fast genau ein Vierteljahrhundert noch entfernt von der „great mutiny“, dem gewaltigen Militäraufstand, der ersten grossen Erhebung gegen die britische Herrschaft. Ein ehrwürdiges Alter für eine Verordnung, auf Grund deren man heute den vergrötterten Führer des nationalen Indiens verhaftet hat. Ist das ein Symbol? Zeigt es, dass Lord Irwin entschlossen ist, dem stürmischen Begehren aller Diehards daheim und in Indien zu folgen und mit „eiserner Faust“ durchzugreifen, um Lancashire seinen besten Markt zu retten? Soll Indien fortan wieder regiert werden, wie zu Zeiten der John-Companys?

Wir wissen nicht, was in jener Vollmacht vom Jahre 1827 steht. Aber aus den Begleiterscheinungen der Verhaftung, die den Gefangenen „zur Verfügung der Regierung“ stellt, scheint hervorzugehen, dass man so weit zurückblättere nicht, um besonders brutal, sondern um besonders rücksichtsvoll sein zu können. Anscheinend handelt es sich beim Mahatma nicht, wie bei seinen Söhnen und hervorragenden Anhängern, um Strafverfolgung, sondern um Schutzhaft. Die Regierung will offenbar Gandhi nicht vor ein Gericht stellen, sondern ihn nur an weiteren Handeln verhindern. „Honest custody“, ehrenvolle, aber sehr wirksame Haft.

Wirklich wirksam? Gandhi und die Seinen haben diese Verhaftung vorausgesehen, scheinen sie sogar als Kalkül in ihre Rechnung eingestellt zu haben. Sie soll, sie wird wie ein Fanal auf das ganze Land wirken. Die Regierung scheint sich dieser Wirkung ebenfalls bewusst zu sein, wie die Vorbereitungen in Bombay zeigen. Wenn schon die „Irregulären“ aufgeboten und die jungen Leute in den Banken mit Schiessseisen ausgerüstet werden, so ist das bereits die höchste Stufe der Alarmbereitschaft. Man kann nur noch einen Schritt weitergehen und Truppen aus England anfordern. Das hiesse allerdings „SOS“ signalisieren.

Soweit ist es noch lange nicht. Erst wird England jetzt zeigen, welche Fülle von Machtmitteln ihm zur Verfügung stehen. Pressegesetze nach innen, Pressezensur nach aussen, Verhaftungen, Sondergerichte, Belagerungszustand: im Hintergrunde die schweren Geschütze, die Tanks, Kriegsschiffe und Flugzeuggeschwader. Will Indien Krieg? England wird nicht kniefen!

Vorläufig hagelt es Verhaftungen und Verurteilungen zu Hunderten. Mit Erstaunen liest man, dass unter den Verhafteten der letzten Tage sich Dr. Kitchlew befindet, einer der hervorragendsten und aktivsten Führer der Mohammedaner. Wusste die englische Presse nicht zu melden, dass die Mohammedaner geschlossen gegen Gandhi seien? Es scheint doch, dass auch unter ihnen die Gärung stärker ist, als England angenommen hat oder glauben machen wollte. Und haben nicht selbst die sehr klugen und sehr gemässigten indischen Liberalen den Vizekönig wissen lassen, dass Dominion-Status auch für sie das unmittelbare, heute oder morgen zu verwirklichende Ziel ihrer Politik ist?

Die indische Revolution, vor wenigen Monaten noch als unmöglich verachtet, hat in wenigen Wochen in steiler Kurve zu einem ihrer Höhepunkte geführt. Mit der Verhaftung Gandhis schliesst der erste, ebenso kurze wie inhaltsreiche Akt dieses Dramas.

Wie wird es weitergehen? Sucht man nach einem Beispiel aus der Geschichte der englischen Kolonialherrschaft, so bietet sich als das nächste der Burenkrieg. Wie war es damals? Zunächst kam die Niederwerfung der „Rebellen“, kam unbarmherziger Krieg nicht nur gegen die Männer, sondern auch gegen Frauen und Kinder. Nach dem militärischen „Sieg“ dann die politische „Versöhnung“. Mit welchem Ergebnis? Wir, die wir in unserer Jugend von Ladysmith träumten, erleben noch den Burenpräsidenten Herzog und die südafrikanische Plagge ohne Union Jack. Südafrika ist heute mehr denn je ein Burenland, weniger denn je englisch.